

Stellungnahme / Antwort

zu Antrag-/Anfrage Nr. **AT/0085/2010**

der Stadtratssitzung am 16.09.2010

Punkt: 51 ö.S.

Betr.: Antrag der FDP-Fraktion zur "Verwaltungsmodernisierung"

Der Antrag der FDP-Fraktion lautet:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, Kontakt zur Stadt Hückeswagen aufzunehmen, um mit den dort gemachten Erfahrungen ggf. Vorbereitungen zu treffen für die Einführung eines „Koblenzer-Bürger-Kontos“.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung ist den zukunftsorientierten Möglichkeiten des eGovernment gegenüber aufgeschlossen und befürwortet daher grundsätzlich den in Rede stehenden Antrag.

Wenn sie dennoch vorschlägt, den Kontakt mit der Stadt Hückeswagen erst im 2. Quartal 2011 zu suchen, hat dies folgende Gründe:

Zeitgleich mit der Einführung der Doppik ist zum 01.01.2009 die Umstellung von dem über Jahrzehnte bewährten Verfahren zur Festsetzung von Steuern und Abgaben „KOFIN“ auf ein Modul der „MACH“-Software erfolgt.

Zum damaligen Zeitpunkt ist man dem sog. „Bürgerkonto“ (= ein Kassenzeichen für alle finanziellen Beziehungen zur Stadtverwaltung) aus diversen Gründen nicht näher getreten. Die damit verbundene Verquickung verschiedenster Vorgänge wird vom Bürger nicht immer gewünscht, es ist im Gegenteil gerade die Trennung von Sachverhalten zweckdienlich, was folgendes Beispiel verdeutlichen kann:

Die Zustellung des Gewerbesteuerbescheides soll an den Steuerberater erfolgen und die Abbuchung von einem betrieblichen Konto, während die Bescheide über Grund- oder Hundesteuer an die Privatanschrift versendet werden sollen und eine private Bankverbindung zu beachten ist.

Zum Umgang mit dieser – und anderen - Fragestellung wäre ein Erfahrungsaustausch hilfreich; die Verwaltung schlägt aber vor, dies erst nach befriedigender Lösung der im Bereich der Steuer- und Gebührenveranlagung bestehenden Probleme zu tun:

Die Umstellung auf die „MACH“-Software hat – wie dem Stadtrat bekannt – zu Verwerfungen geführt, die zum einen den verwaltungsseitig zu leistenden Aufwand und die Belastungen der Mitarbeiter in nicht für möglich gehaltene Dimensionen getrieben haben. Auf der anderen Seite hat es trotz der Bemühungen der Verwaltung auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger zu erheblichem und nachvollziehbarem Unmut geführt, dass über zwei Jahresveranlagungen hinweg die Abgabenbescheide von der zuvor gekannten Qualität weit entfernt waren.

Dies hatte u.a. auch zur Folge, dass der früher erreichte Prozentsatz der der Stadtkasse erteilten Abbuchungsermächtigungen erheblich zurückgegangen ist.

Hier gilt es an allererster Stelle das verlorene Vertrauen in der Bürgerschaft zurück zu gewinnen.

Gegenwärtig arbeitet die Verwaltung daher mit Hochdruck daran, von der „MACH“-Software wieder auf „KOFIN“ zurückzukehren und diese Anwendung als sog. Vorverfahren für das nach wie vor zu betreibende Kernfinanzwesen umzubauen mit dem Ziel, insbesondere die Jahresveranlagung der Grundbesitzabgaben im Februar 2011 in der gewohnten Qualität erledigen zu können.

Deshalb stehen bis dahin weder beim Eigenbetrieb KGRZ noch bei Stadtkasse und Steueramt personelle Kapazitäten zur Verfügung.

Es muss für alle Beteiligten Ruhe einkehren.

Die Verwaltung schlägt daher vor,

- zunächst die Rückumstellung einschl. der Jahresveranlagung 2011 abzuwarten
- sich im Anschluss daran mit der Stadt Hückeswagen in Verbindung zu setzen
- dort u.a.
 - die Lösung für einen abgesicherten elektronischen Zugang für Dritte
 - die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen
 - die erforderlichen Sach- und Personalkosten
 - den erzielbaren Nutzungsgrad (Einwohner : Nutzer)

u.v.m. zu erkunden

und

- beginnend mit einer entsprechend aufbereiteten Vorlage im Werksausschuss 9/2011 des Eigenbetriebs KGRZ über das Ergebnis zu berichten, um ggf. rechtzeitig für eine Umsetzung ab 2012 entsprechende Mittel im Wirtschaftsplan einzusetzen.